

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Lebendiges Stadtquartier am Alexanderplatz schaffen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, von der kostenintensiven Sanierung des ehemaligen „Hauses der Statistik“ am Alexanderplatz Abstand zu nehmen und die ursprüngliche städtebauliche Konzeption auf der Grundlage der Ergebnisse des konkurrierenden städtebaulichen Gutachterverfahrens aus dem Jahr 2009 sowie des darauf aufbauenden Bebauungsplanentwurfs I-70a fortzuschreiben.

Das entsprechende Bebauungsplanverfahren ist auf dieser Grundlage in enger Kooperation von Senat und dem zuständigen Bezirk Mitte zeitnah zum Abschluss zu bringen, um die städtebauliche Umsetzung des Konzepts nicht unnötig zu verzögern.

Als Partner für die Realisierung der Planung sollen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sowie Genossenschaften gewonnen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2018 zu berichten.

Begründung:

Der von der BIM vorgestellte Siegerentwurf für die Fassadengestaltung des „Haus der Statistik“ am Alexanderplatz offenbart zweierlei: Erstens ist keine Fassade der Welt geeignet, der abweisenden Gesichtslosigkeit des Bauwerks auch nur einen Hauch von neuem „Charme“ (Zitat

BIM) abzutrotzen. Zweitens kann allein der Abriss dieses monumentalen Betonklotzes den Weg zu einem lebendigen urbanen Stadtquartier am Alexanderplatz eröffnen.

Das Abgeordnetenhaus bekennt sich deshalb zu den ursprünglichen Planungen für das Areal, das „Haus der Statistik“ durch mehrere Baublöcke mit gemischten Nutzungen zu ersetzen und begrünte Durchgänge bzw. Parkanlagen zwischen Otto-Braun-Straße und dem Wohnquartier entlang der Mollstraße zu schaffen.

Dieses durchlässige Konzept wäre ein Gewinn sowohl für das anliegende Wohnquartier wie auch für den Alexanderplatz. Es würde außerdem erlauben, eine deutlich höhere Geschossfläche und damit auch eine größere Zahl preiswerter öffentlicher Mietwohnungen zu realisieren als derzeit vorgesehen. Nutzungsideen der „Initiative Haus der Statistik“ sollten in dieses Konzept möglichst einvernehmlich integriert werden.

Berlin, 18. September 2018

Dregger Friederici Evers
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU